

KARL-HEINZ GRASSER
FINANZMINISTER DER REPUBLIK ÖSTERREICH



Kamingespräch

Meine Damen und Herren, die österreichische Präsidentschaft gibt es jetzt seit knapp fünf Monaten. Wir haben die Freude, wir haben das Vergnügen, die Präsidentschaft in der Europäischen Union über zu haben für diese sechs Monate. Wir sind in diese Präsidentschaft hineingegangen mit einer tiefen Überzeugung, dass Europa einfach ein Wert an sich ist, dass wir alle das größte Interesse an dieser Europäischen Union, an der Stabilität, am Fortkommen der Europäischen Union haben müssen. Ich denke, dass wir viel zu wenig in unserem Bewusstsein haben, dass die Errungenschaften der Europäischen Union eben nicht selbstverständlich sind, sondern dass der Friede über Jahrzehnte hinweg etwas ist, das diese Union im Gegensatz zu Jahrzehnten der Auseinandersetzungen in Europa mit sich gebracht hat. Wenn Sie an den Binnenmarkt denken, wenn Sie an den Euro denken, an die Wirtschafts- und Währungsunion, dann sind das Dinge, wo wir vor zehn Jahren wahrscheinlich hier noch gedacht hätten, das wird nicht möglich sein. Das heißt, das, was wir erreichen in der Union, gerade im finanz-, im wirtschaftspolitischen, im geldpolitischen Bereich, sind Zeichen des Erfolgs, der Integration über die letzten Jahrzehnte, und insofern ist es wichtig, dass wir versuchen, auch wieder die Vorzeichen auf Optimismus zu stellen, die Vorzeichen auf eine weitere Integration, auf eine Vertiefung der Integration zu richten, und dass wir als österreichische Präsidentschaft versuchen mussten, die Union aus einer, wie ich glaube, doch eher schwierigen Phase herauszuführen. Wenn Sie an das Jahr 2005 denken: Es war ein Jahr, das Abstimmungen über die Verfassung mit sich ge-

bracht hat, über die europäische Verfassung. Wir haben im Mai und im Juni des letzten Jahres zwei Referenden gehabt, eines in Frankreich und eines in den Niederlanden, wo man sich gegen die Verfassung entschieden hat. Wir hatten das Problem, dass die zwei Eckpfeiler der wirtschaftspolitischen Koordination in der Europäischen Union, die Lissabon-Strategie – was tun wir für Wachstum und Beschäftigung? – einerseits und eine stabilitätsorientierte Fiskalpolitik andererseits, über die letzten Jahren, 2005, 2004, 2003 und davor, eine leichte Glaubwürdigkeitskrise bekommen haben. Wir haben die Situation gehabt, wenn Sie zurückdenken, dass Jean-Claude Juncker es trotz großer Versuche und großer Bemühungen nicht geschafft hat, die finanzielle Vorausschau letztes Jahr zu lösen. Tony Blair ist es gerade noch im Dezember gelungen, zwischen den 25 Mitgliedsstaaten diesen Konsens zu erreichen, aber man hat gesehen, dass es hier sehr, sehr schwierig ist, weiterzukommen. Und wir haben daher gesagt, wir müssen versuchen, ein bisschen Aufbruchstimmung, ein bisschen Optimismus wieder in diese Union hineinzubringen. Und ich glaube, dass seit 1. Jänner 2006 alles viel besser läuft. Das hat natürlich nur teilweise auch mit unserer Präsidentschaft zu tun. Aber was wir versucht haben, meine Damen und Herren, ist: Wir haben gesagt, wir müssen die Prioritäten umstellen.



Wir müssen versuchen, den Bürgern unserer Länder zu helfen, wo es ja auch Pros und Contras gibt, wo viele sich auch fragen, was ihnen persönlich die Europäische Union bringe. Und da denkt man eben dann nicht so an Frieden und Wachstum und Binnenmarkt und Euro, sondern da denken viele daran, dass es knapp 18 Millionen Arbeitslose gibt in Europa. Dass, wenn man die Familien mitrechnet, ungefähr 40 Millionen Menschen von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Es war unsere Zielsetzung, als Präsidentschaft zu sagen, dass wir



die Prioritäten in Richtung Wachstum und Beschäftigung reorientieren müssen, in Richtung klarer Signale, was wir tun können, um die Arbeitslosigkeit in Europa zu reduzieren, wissend, dass ein Land wie Österreich, ein kleines Land, ein Land, das sechs Monate den Vorsitz hat, nicht Europa verändern kann, nicht Europa neu bauen kann. Aber dass es doch gelingen kann, Signale zu setzen, dass alle Regierungen, alle 25 Regierungen, dass alle Staats- und Regierungschefs, Finanzminister, Wirtschafts-, Arbeitsminister hier versuchen zu zeigen: Wir wollen auf euch zugehen, wir wollen die Sorgen und Probleme der Menschen zuerst lösen. Das ist natürlich einmal ganz an vorderster Stelle auch die Frage des Arbeitsmarktes, die Frage von zusätz-

lichen Jobs einerseits, die Frage einer Reduktion der Arbeitslosigkeit andererseits. Es ist sicherlich auch die Frage, wie wir die Rolle Europas im internationalen Kontext entsprechend stärken und Europas Position an sich international verbessern können. Wir haben uns daher ein paar Ziele für diese Präsidentschaft im finanzpolitischen, im wirtschaftspolitischen Bereich vorgenommen.

- Erstens das Ziel, wie können wir eine stabilitätsorientierte Fiskalpolitik fördern? Wie können wir zu einer ganz konsequenten Umsetzung des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes kommen?
- Zweite Zielsetzung: Gelingt uns ein Fortschritt, was die strukturelle Modernisierung der europäischen Wirtschaft betrifft, das heißt, die überarbeitete Lissabon-Strategie wurde 2005 beschlossen, erste Implementierung unter unserer Präsidentschaft mit dem Frühjahrsgipfel im Jahr 2006? Wie schafft man es hier verbindlicher, konsequenter die gemeinsamen Ziele auch umzusetzen?
- Dritter Punkt: Wir haben gesagt, wir wollen die Europäische Investitionsbank stärker einbinden in diese Strategie für Wachstum und Beschäftigung.
- Vierter Punkt: Wir haben gesagt, wir müssen die Rahmenbedingungen auch für die Binnenmarktaktivitäten, für die Vollendung des Binnenmarktes schaffen. Denken Sie an Finanzdienstleistungen – heute, glaube ich, auch von Rodrigo de Rato angesprochen – an Dienstleistungen, an die Dienstleistungsrichtlinie, an Steuern, an Netzwerksindustrien.

- Also, was können wir für die Vollendung des Binnenmarktes tun?
- Fünfter Punkt: die Entlastung unserer Wirtschaft auch von Verwaltungskosten von Gesetzesbefolgungskosten. Also, was ist die Interaktion zwischen Wirtschaft einerseits und Regierungen, öffentlichen Verwaltungen andererseits, was verursacht das an Kosten („better regulation“ als Stichwort)? Wie kommen wir hier weiter runter?
 - Sechster Punkt: die Globalisierung, das eigentliche Thema dieser volkswirtschaftlichen Tagung. Wie können wir die Debatte fortführen, wie können wir sie vertiefen? Wie können wir unseren Bürgern klar machen, dass die Globalisierung eine Chance ist? Wie können wir aber auch Signale setzen gegenüber jenen, die zu den Verlierern der Globalisierung zählen, die Probleme mit den durch die Globalisierung verursachten Anpassungen haben?
 - Siebenter Punkt – ich habe ihn vorher schon angesprochen: die Frage der finanziellen Vorausschau. Großbritannien hat den Konsens von 25 Mitgliedsländern geliefert, aber für eine finanzielle Vorausschau ist notwendig, dass alle drei europäischen Institutionen, also die Mitgliedsstaaten, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission, einen Konsens über die Finanzen für die nächsten sieben Jahren haben.

Das waren die Herausforderungen, die wir hatten. Ich glaube, dass eine Verbesserung der Atmosphäre gelungen ist. Ich glaube also, dass die Stimmung deutlich besser geworden ist, natürlich auch ein wenig mit den

weltkonjunkturellen Entwicklungen zusammenhängend. Wir haben, denke ich, die gute Situation, dass 2004 das stärkste weltwirtschaftliche Jahr war seit 30 Jahren. Wir haben die Situation, dass 2005 gut war, dass sich 2006 das Ganze fortsetzt, mit einer weltwirtschaftlichen Entwicklung jenseits der 4%. Wir haben, ehrlich gesagt, die Sorge gehabt, in die Präsidentschaft hineingehend, wie es uns mit Deutschland gehen wird? Wie mit Italien, mit Frankreich, mit anderen Ländern? Wir haben mehr als zehn Länder, die über 3% Defizit liegen. Erinnern Sie sich zurück, welche Diskussionen wir hatten, als Deutschland z.B. das Verfahren des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ursprünglich vor drei Jahren nicht anerkennen wollte, weil wir nicht weiter gehen konnten im Verfahren, in der Verschärfung des Verfahrens. Wenn ich mir das jetzt anschau, ist es Gott sei Dank gelungen, mit der Kommission in unserer Präsidentschaft doch sicherzustellen, dass es eine strikte, konsequente Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gibt, dass Italien sich verpflichtet hat, unter 3% zu gehen. Frankreich ebenso. Dass Deutschland eine Verschärfung des Verfahrens im Interesse der Glaubwürdigkeit einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik und der Glaubwürdigkeit dieses reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes auch anerkannt hat. Das heißt, ich glaube, wir stehen da auf einer vernünftigen Basis und haben erreicht, dass der Europäische Rat beim Frühjahrsgipfel eben im März oder April dieses Jahres ausdrücklich bestätigt hat, der beginnende Aufschwung solle jetzt für rasche Fortschritte in Richtung des mittelfristigen Ziels genutzt wer-

den. Ich glaube, das ist auch die Herausforderung, die wir haben. Wir müssen die guten wirtschaftlichen Zeiten, die wir jetzt haben, nützen, einerseits um strukturelle Reformen zu implementieren, und andererseits natürlich auch, um zu sagen, wir schaffen es, in Richtung der Staatsfinanzen einfach deutliche Fortschritte zu erzielen. Ich glaube, im Durchschnitt müsste es möglich sein, im Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Wir stehen jetzt irgendwo bei einem durchschnittlichen, ich sage rund um die 2,5%.



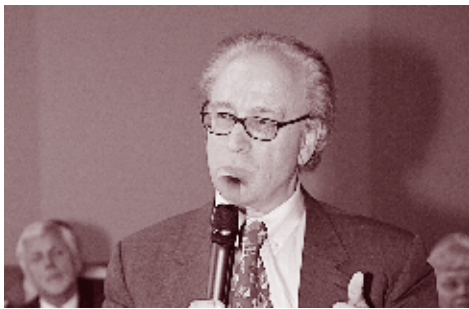
Das heißt, mit Maß müsste es durchaus möglich sein zu sagen, 2010 einen ausgeglichenen Haushalt über die gesamte Union hinweg zu erreichen. Wenn Sie sich die reformierte Lissabon-Strategie anschauen, ist man nach der Halbzeitbilanz auch draufgekommen, dass wir 2005, 2006 leider nicht wettbewerbsfähigster Wirtschaftsraum der Welt sind. Also hat man gesagt: Was können wir tun? Das Verfahren war darauf aufgebaut, dass die Europäische Kommission den Mitgliedsstaaten empfohlen hat, in den und den und den Bereichen müsst ihr besser werden. Und die Mitgliedsländer haben halt gesagt, na gut, das schauen wir uns an. Aber umgesetzt haben sie es nicht; zumindest nicht ausreichend und nicht zur Gänze. Und da war die Idee, wir müssen das

Verfahren verbessern. Wir müssen die Identifikation der Mitgliedsländer mit dieser Problemlage verbessern: Was können wir tun, um die Wettbewerbsfähigkeit, um die Standortattraktivität zu verbessern? Daher ist das Verfahren nachzuschärfen. Und ein Punkt des Prozesses zur Überarbeitung der Lissabon-Strategie war es zu sagen, dass es nationale Reformprogramme braucht. Nationale Commitments, nationale Selbstverpflichtungen braucht es, damit jedes Land, jede Regierung sagt: Wir legen uns selbst eine Latte. Wir sagen, wir wollen die wichtigsten vier, fünf Prioritäten in der und der Zeitlinie – in den nächsten ein, zwei, drei Jahren – umsetzen, weil wir der Überzeugung sind, dass uns das den größten Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit, an Standortqualität und auch eine entsprechende Erhöhung des Wachstumspotenzials in Europa bringt. Und ich glaube, dass wir hier die prioritären Aktionsbereiche definiert haben, dass klar ist, es soll in Richtung von mehr Investitionen im Bereich der Forschung und Entwicklung gehen, in Richtung der Entlastung von Klein- und Mittelbetrieben gehen. Beschäftigungsförderung ist wichtig, aber durchaus auch die Frage: Wie schaut es mit der sicheren, nachhaltigen Energieversorgung aus? Wir haben beim Schlussgipfel auch eine Reihe von messbaren Zielen vorgeschlagen, die dann von den Staats- und Regierungschefs vereinbart wurden, einfach um Signale zu setzen, wissend, dass die Politik keine Arbeitsplätze direkt schaffen kann. Aber dass es doch für die Glaubwürdigkeit, für das Tragen der Europäischen Union und des Gedankens wichtig ist, dass unsere Bevölkerung sieht: Da geht es

um Arbeitsplätze, da geht es um eine Reduktion der Arbeitslosigkeit. Und daher z. B. das Schaffen von zwei Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen jährlich bis zum Jahr 2010 als Ziel. Also sich selbst, uns allen eine Latte legen und zu sagen: Wir müssen mehr Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren, wir müssen hier versuchen, zusätzliche Arbeitsplätze durch einen attraktiven Standort, durch eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union schaffen. Oder die Zielsetzung: Ab dem Jahr 2007, also ab nächstem Jahr, binnen sechs Monaten jedem arbeitslosen Schulabgänger eine Arbeitsstelle einerseits oder eine Ausbildungsstelle andererseits anzubieten. Hier hat man gesagt, es solle eine weitere Verkürzung dieses Zeitraumes geben auf vier Monate bis zum Jahr 2010. Das heißt, innerhalb von vier Monaten im Jahr 2010 entweder Arbeitsstelle oder eine Ausbildungsstelle für unsere Jugendlichen. Einfach um zu sagen: Das konsequente Bekämpfen der Jugendarbeitslosigkeit ist eine primäre Zielsetzung der Staats- und Regierungschefs, auch um ein klares Signal hier zu senden. Oder die Frage der Unternehmenskultur. Hier wurde der Beschluss gefasst: Reduktion der Zeitdauer für die Gründung eines Unternehmens. Wie lange können sich öffentliche Verwaltungen Zeit lassen für eine Unternehmensgründung? Hier hat man gesagt, eine Woche solle dieser Zeitraum maximal betragen. Dieses Ziel wollen wir bis Ende 2007 erreichen, um zu zeigen, dass es uns um eine unternehmerische Kultur, um ein Stärken dieser unternehmerischen Kultur geht. Ich glaube, wir haben in der Präsidentschaft eine wichtige Weichenstellung getroffen, was die gemeinsame

Energiepolitik betrifft. Wenn Sie zurückdenken, denn es wurde sicher heute auch diskutiert – wenn man über Globalisierung spricht, spricht man auch über die Risiken der Globalisierung; damit auch über den Ölpreis. Ich glaube, dass der Erkenntnisprozess natürlich sein muss: Ein Land alleine kann hier keine Lösung anbieten. Es ist eine hochkomplexe Frage, wie wir auf der einen Seite Sicherheit, was Energie betrifft, und auf der anderen Seite ein vernünftiges Preisniveau schaffen. Und hier ist zu sagen: Wir brauchen eine gemeinsame Energiepolitik für Europa – das war bisher nationale Kompetenz. Wir haben unter unserer Präsidentschaft erreicht zu sagen, dass das eine europäische Kompetenz ist, und wir haben die Kommission als Einstieg in eine Veränderung hier gebeten: Macht uns einen Vorschlag für eine gemeinsame europäische Energiepolitik. Die Europäische Investitionsbank habe ich angesprochen und versucht, sie zu integrieren in diese Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Und die Europäische Investitionsbank hat sich bereit erklärt, zusätzliche Mittel, Darlehensmittel für innovative Projekte, für Forschung und Entwicklung anzubieten – von 15 Mrd EUR für F&E auf der einen, für Klein- und Mittelbetriebe auf der anderen Seite, 25 Mrd EUR zusätzlich für trans-europäische Netze. Damit man auch in den Bereichen, wo es uns wichtig ist, Forschung, Klein- und Mittelbetriebe, Infrastrukturprojekte, entsprechende Schwerpunkte setzen kann. Wir haben die Vollendung des Binnenmarktes und das gerade vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Globalisierung auf der Tagesordnung des informellen

ECOFIN gehabt und versuchen jetzt das in den verschiedenen Politikbereichen zu erreichen, was uns noch fehlt. Was fehlt uns im Bereich der Finanzdienstleistungen? Wie schaut die Dienstleistungsrichtlinie aus? Was fehlt uns im Energiebereich? Was in anderen Themenbereichen, um den Binnenmarkt tatsächlich zu vollenden. Denn ich glaube, dass hier tatsächlich sehr viel an Wachstumspotenzial für unsere Länder liegt. Und wir haben versucht, die Globalisierungsdiskussion an sich voranzutreiben, auch so voranzutreiben, dass



wir Unternehmen zu den Finanzministern eingeladen haben, um zu sagen: Sagt uns ganz konkret, wo ihr glaubt, dass es Probleme in der Gesetzgebung, im Gesetzgebungsprozess der Europäischen Union gibt. Was können wir besser machen, um euch einfach zu helfen, wettbewerbsfähiger zu sein in einer sehr schnelllebigen globalisierten Welt, die wir als Chance betrachten. Chancen, die wir aber auch entsprechend wahrnehmen müssen. Und ich habe vorhin erwähnt: Zweite wichtige Zielsetzung war es zu sagen: Wie können wir die Rolle Europas im internationalen Kontext stärken? Und hier, darf ich Ihnen sagen, ist eine dieser Strategien, wie wir das schaffen, nämlich diejenige, dass wir von Gipfel zu Gipfel gehen – Sie haben vielleicht mitbe-

kommen, wir haben gerade den EU-Lateinamerika-Gipfel in Österreich gehabt, wir haben das Asien-Finanzministertreffen in Österreich gehabt, also europäische Finanzminister treffen asiatische. Wir nehmen an den Gipfeln der G8 teil. Wir haben am 21. Juni den Gipfel Europäische Union – USA, das heißt, auch schon der Versuch, hier zu zeigen, welche wesentliche Zielsetzungen im finanz-, im wirtschaftspolitischen Bereich, darüber hinaus Zielsetzungen der Europäischen Union wir haben und wie wir mit den großen Partnern hier entsprechend auch eine Absicherung dieser Zielsetzungen auf der globalen Ebene erreichen können. Neben diesen Zielsetzungen der Präsidentschaft haben wir diese Woche und letzte Woche in Strassburg mit dem Bundeskanzler gemeinsam z.B. die finanzielle Vorausschau unterschrieben. Es ist uns also gelungen, die Verhandlungen, die Großbritannien unter den 25 Mitgliedsländern finalisieren konnte, auch mit dem Europäischen Parlament und mit der Europäischen Kommission zu vereinbaren, haben daher einen Konsens erreicht über das europäische Budget der nächsten sieben Jahre. 864 Mrd EUR an Budget sind vereinbart und damit, glaube ich, auch eine weitere Muss-Verpflichtung. Wir mussten hier, wenn es irgendwie geht, zu dieser Zielerreichung, zu diesem Konsens kommen und das Thema Finanzen in Europa für die nächsten sieben Jahre abarbeiten, weil es auch wichtig ist z. B. für die neuen Mitgliedsländer. Denken Sie an Strukturfonds, denken Sie an Kohäsionsfonds, denken Sie an das Heranführen der neuen Mitgliedsländer an die bestehenden 15 Mitgliedsländer. Das hätte nicht funktioniert,

hätten wir diesen Konsens in unserer Präsidentschaft nicht erreicht. Einfach, um Ihnen ein paar Blitzlichter zu geben. Das waren die Zielsetzungen der österreichischen Präsidentschaft. Was haben wir jetzt einen Monat vor dem Ablauf dieser Präsidentschaft erreicht? Ich glaube, nochmals: Wir können Europa nicht neu bauen, aber wir können einen Stein, auch einen großen Stein vielleicht, ins Wasser werfen und durch die Wellenbewegungen etwas initiieren, das fortwirkt. Und das, denke ich, ist uns sehr wohl gelungen in einer engagierten, in einer ambitionierten Art und Weise, wo wir versucht haben, uns als kleines Land hier auch in der europäischen Diskussion entsprechend einzubringen. Wir haben das gemacht vor dem Hintergrund eines Landes, das im Jahr 2000 mit einer neuen Bundesregierung angetreten ist, das selbst eine Reihe von Problemen der Wettbewerbsfähigkeit hatte und das doch versucht hat, in einem Reformprozess – die Österreicherinnen und Österreicher hier wissen das – egal, ob Budgetreform, stabilitätsorientierte Fiskalpolitik in Richtung ausgeglichener Haushalt, vernünftige Ergebnisse jetzt zu halten oder ob das die Pensionsreformen 2000, 2003, 2004, also wirklich sehr substanzielle Reformen waren – einfach um die Glaubwürdigkeit der ersten Säule, der Pensionsvorsorge, der staatlichen Vorsorge auch zu erhöhen, sicherzustellen. Die Frage einer Steuerreform, die Frage von Privatisierungen, die Frage einer Kapitalmarktstrategie und Vieles andere mehr. Wir haben einfach versucht zu sagen: Wir müssen in Österreich unsere Hausaufgaben erledigen durch eine Umsetzung, durch eine glaubwürdige, strin-

gente, konsequente Umsetzung von strukturellen Reformen, geprägt von einer Ausgangsposition, wie sie, hoffe ich und bin ich der Überzeugung, heute auch die Diskussion hier geprägt hat. Wir sind überzeugt als österreichische Bundesregierung von Flexibilisierung, von der Deregulierung, von der Privatisierung; wir sind überzeugt, dass wir die Anpassungsfähigkeit der Märkte vergrößern müssen. Wir haben diskutiert am Tisch kurz über Schumpeter, über andere Vertreter der österreichischen Schule der Nationalökonomie, über von Hayek



über Mises, Böhm-Bawerk, Menger, wer immer Ihnen hier einfällt, und ich glaube, Sie hatten heute auch die Diskussion über „creative destruction“ und einfach Wettbewerb als Entdeckungsverfahren für die besten Lösungen. Und das ist unserer Überzeugung nach einfach auch für die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Österreich. Wettbewerb ist etwas Gutes. Ich habe oft gesagt: Ich liebe den Wettbewerb, weil er uns einfach zwingt besser zu werden, und weil er uns zwingt, eine unternehmerische Kultur in dem Land auch anzunehmen und zu fördern, und das ist immer wieder auch meine Bitte. Ich glaube, wir in Europa müssen uns eine Veränderungskultur angewöhnen. Und wir müssen gerade in den 15 Mitgliedsländern draufkommen,

dass wir nicht saturiert sein dürfen, nicht zufrieden sein dürfen mit unserem europäischen Way of Life, weil das alles so wunderbar gelingt bei der Absicherung hoher Sozialstandards. Das ist nicht selbstverständlich. Und wenn wir stolz sind auf diesen europäischen Way of Life, wie es die Amerikaner auf den ihren sind, dann müssen wir uns das entsprechend verdienen. Und dann werden wir diese hohen Standards nur dann absichern können in der Zukunft, wenn wir wettbewerbsfähig sind, wenn wir bessere Produkte zum besseren Preis erzeugen können, wenn wir Kundennutzen befriedigen können, wenn wir hier einfach innovative Lösungen für Kunden zustande bringen und wenn die Kundschaft über den Erfolg von Unternehmen entscheidet. Und das hat dann ein breites Spannungsfeld. Von der „corporate social responsibility“, wo ich glaube, dass wir in Europa auch Lernbedarf haben im Sinne von: Wir dürfen nicht den individuellen Arbeitsplatz absichern und wir dürfen nicht die Signale geben, wir schützen den Arbeitsplatz im konkreten Unternehmen XY, das nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Das geht nicht in einer globalisierten Welt. Aber der Schutz des Menschen, der Schutz des Arbeitsplatzes an sich, die Sicherheit den Menschen zu geben, ihnen ein Sicherheitsgefühl zu geben – wenn wir eine Veränderungskultur haben wollen, dann kann das nur Hand in Hand gehen. Daher glaube ich, dass wir, wenn wir auf den Wettbewerb vertrauen – und das ist für mich die einzige Strategie, wie Europa zu mehr Wachstum, zu mehr Beschäftigung kommen und damit auch die Herausforderung der Reduk-

tion der Arbeitslosigkeit lösen können. Ich glaube, dass Österreich in den letzten sechs Jahren auf einem guten Weg war, dass wir sehr konsequent unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessert haben. Aber, meine Damen und Herren, und das darf ich Ihnen versichern, uns ist auch bewusst, dass wenn man dem Berggipfel näher kommt und das selbstverständlich für einen wird – wenn man relativ weit oben ist – dann geht es meistens danach runter. Und das müssen wir uns ganz, ganz klar vor Augen führen, damit wir wissen: Es muss auch in Österreich die Reformarbeit weiter konsequent vorangetrieben werden. Auch wir müssen überlegen: Was können wir tun in Richtung Arbeitsmarkt, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes – Sicherheit wäre ein Diskussionspunkt gewesen. Vergleichen wir Europa mit Amerika, vergleichen wir Best Practice in Europa, z. B. das dänische Modell Flexicurity, mit dem, was wir in Frankreich haben, mit dem, was wir in Deutschland haben, auch mit dem, was wir in Österreich haben. Österreich liegt durchaus gut im Schnitt in Europa, vielleicht sogar besser als der Durchschnitt, aber ist eben nicht Best Practice. Und wenn wir weiter wollen in der Wettbewerbsfähigkeit, dann müssen wir Best Practice werden in vielen verschiedenen Bereichen, auch aus österreichischer Sicht. Und daher glaube ich: gut gemacht aus österreichischer Sicht, aber, meine Damen und Herren, es ist noch immer viel zu tun, und das nehmen wir uns vor für die nächsten Jahre. Ich freue mich auf die Diskussion. Vielen Dank. 

